

Wem nutzt die Bombe im Kaufhaus?

AK 256 — 11. März 1985

Nach dem im Namen einer angeblichen „Aktion Christian Klar“ verübten Bombenanschlag im Dortmunder Kaufhaus Hertie am 7.3., bei dem 8 Menschen verletzt wurden, zwei davon schwer, gaben die Staatsschutzbehörden von Bundesanwaltschaft (BAW), Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesinnenministerium (BMI) das Stichwort von den „Neuen Dimensionen des Terrorismus“ aus. Er richte sich offenbar nicht mehr nur gegen „Symbolfiguren“ des Systems, sondern blindlings gegen die Bevölkerung und überlasse es dem Zufall, wen es treffe.

Wider ausdrückliche Zweifel und sogar ausgesprochenes Wissen, daß Ziel und Stil des Anschlags nicht der „RAF-Ideologie“ entsprechen, sorgten die Staatsschutzbehörden mit Hinweis auf die Anschlagswelle der letzten Monate und auf die Benennung der Attentäter als „Aktion Christian Klar“ für eine sofortige Zuordnung des Anschlags zur RAF.

Die rechte Presse schürte die Massenangst. Aus der „BILD“ troff das im Blut. Das „Hamburger Abendblatt“ schrieb: „Die Zeiten, in denen Terroristen bei uns Skrupel haben, sind vorbei. Jetzt wird im Kaufhaus gebombt.“ Die „BILD“ vom Tag darauf liest sich wie Kriegsberichterstattung: „Terror am ganzen Tag — Bombendrohungen auch in Kaufhäusern in Bielefeld, Kamen, Dinslaken, Lengerich und Mühlheim — die große Angst: welcher Kunde sieht komisch aus? — Was tun, wenn's kracht? Polizei-Hauptkommissar Peter Zeyn (Hamburg) hat kein Patentrezept, empfiehlt nur ...“ Unter der Fragestellung: „Wer sind die neuen Terroristen“ wird die RAF für die „blutige Spur“ verantwortlich gemacht. „RAF rief bei BILD an“, hieß es in der „BILD“. Dem „Hamburger Abendblatt“ war zu entnehmen, daß die RAF „sich bekannte“.

Schon am Tag nach dem Anschlag war klar, wer für die Entwicklung verantwortlich gemacht werden soll: „Es beginnt mit gewalttätigen Demonstrationen“, schrieb die „Neue Rheinische Zeitung“. „Das politische Umfeld, z.B. die alternative und grüne Szene, wird verharmlost“. Die „BILD“ zitierte zum Beweis der Komplizenschaft zwischen RAF und GRÜNEN einen noch während des Hun-

gerstreiks von den GRÜNEN-Abgeordneten Christa Nickels und Antje Vollmer an einige Gefangene geschriebenen Brief, in dem die beiden diesen Gefangenen ein Gesprächsangebot gemacht hatten.

Die etablierten Parteien stimmten ein, vor allem die CDU/CSU: Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Worms warf den GRÜNEN „geistige Mitverantwortung“ vor. A. Dregger verlangte in der „BILD“ von den GRÜNEN-Abgeordneten, die er der „geistigen Kumpane!“ mit dem „heimtückischen Mordanschlag“ bezichtigte, „sich für ihren beschämenden Auftritt bei den Verletzten von Dortmund und allen anderen Terroropfern öffentlich zu entschuldigen.“

Selbst die „taz“ konnte sich offenbar der Wirkung dieser Kampagne nicht völlig entziehen: Unter der Überschrift „Die Frage ist gestellt“ fordert Klaus Hartung in einem Kommentar Ch. Klar auf, zu erklären, „ob ein solches Attentat in seinem Namen verübt werden kann oder nicht.“ Unseres Erachtens ist die Frage so — mit dem darin liegenden Unterton, daß es möglicherweise doch die RAF gewesen sein kann, nicht zu stellen. Die Tatsachen sprechen eindeutig gegen eine Urheberchaft der RAF:

Erstens: es gab keine Warnung. Zweitens: Unternehmen der RAF heißen nicht „Aktion“, sondern „Kommando“. Drittens: Kommandos der RAF wurden bisher immer nach toten Mitstreitern benannt, die in der Auseinandersetzung mit den Staatsschutzbehörden ums Leben gebracht worden waren. Viertens: es wurden weitere Bomben angekündigt. Das hat die RAF bisher nie getan. Fünftens: das Objekt des Anschlags liegt völlig außerhalb der RAF-Linie, die gegenwärtig auf NATO-Einrichtungen sowie die materielle und personelle Infrastruktur der „Westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (WEU) konzentriert ist. Pressehinweise auf die Kaufhaus-Brandanschläge von 1968, mit denen die Geschichte der RAF angefangen habe, unterschlagen die Tatsache, daß diese Anschläge zu mitternächtlicher Stunde unternommen wurden, sodaß dabei keine Menschen zu Schaden kommen sollten und auch nicht kamen. Sechstens: es ist absolutes und er-

klärtes RAF-Prinzip, daß Anschläge sich gegen das System und seine Vertreter, nicht aber gegen die Bevölkerung zu richten haben, und daß die Zielrichtung der Anschläge gegen die Herrschenden klar erkennbar sein müsse. Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Brief „ehemaliger politischer Gefangener“, die in einer Stellungnahme zu dem Dortmunder Anschlag u.a. schreiben: „Als erste Reaktion wollen wir hiermit in aller Deutlichkeit klarstellen, daß Aktionen dieser oder ähnlicher Art (z.B. Trinkwasserverseuchung) niemals Aktionen der RAF oder ihr nahestehender Gruppen sind. Die Aktionen der Stadtguerilla richten sich nicht gegen das Volk, sie sind immer Aktionen gegen den imperialistischen Staat.“

Diese Tatsachen sind auch alle von den Staatsschutzbehörden schon mehr oder weniger versteckt benannt worden. Überdies nannte die Bundesanwaltschaft noch eine interessante Begründung, die gleichfalls gegen die Urheberchaft der RAF für den Dortmunder Anschlag spricht, nämlich: „... die RAF wird kaum so blöd sein, sich durch so einen Anschlag ihres Umfelds zu berauben.“

Wahr gesprochen: Und das gilt natürlich besonders, nachdem dieses Umfeld durch den gerade abgebrochenen Hungerstreik der RAF in deren Verständnis erfolgreich mobilisiert wurde.

Kurz: der Anschlag ist nicht nur RAF-untypisch. Er kann der RAF nur schaden. Das gilt übriger nicht nur, wenn die RAF so eine Massaker veranstalten würde, sondern das gilt auch jetzt — allein schon deshalb, weil die RAF, die übrige Linke und die radikaldemokratische Szene damit in Rechtfertigungsdruck gebracht werden können.

Sicher dürfte es trotz dieser Tatsachen schon im eigenen Interesse der RAF liegen, öffentlich und gegenüber ihren Mitstreitern klarzustellen, daß solche Attentate in ihrem Namen nicht durchgeführt werden dürfen und auch nicht durchgeführt werden, wenn ihr daran liegt, daß ihre Politik zukünftig auch nur auf ein Minimum an Verständnis in der Bevölkerung stößt.

Im übrigen kann aber unter diesen Umständen nicht die Aufforderung an die RAF, sich von den Anschlägen zu distanzieren, im Vorder-

grund stehen, sondern die Frage: wer ist dazu fähig?

Der Nutzen einer entsprechenden Hetze gegen die GRÜNEN wenige Tage vor den Wahlen in West-Berlin, Hessen und dem Saarland liegt auf der Hand. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an den inzwischen vielleicht von vielen vergessenen Fall einer als Wahlkampfhilfe 1971 von dem Rechtsradikalen B. Rubin inszenierten Selbstentführung. Sie sollte in einem Schleswig-Holsteiner Landtagswahlkampf Stimmen für die Rechten bringen. Zu erinnern ist auch an das Bombenattentat auf das Münchener Oktoberfest 1980, als dem Wunschkandidaten der Rechten, F.J. Strauß, Stimmen zugedrieben werden sollten. Es wird sich hoffentlich bald zeigen, ob im Fall der Dortmunder Bombe eine ähnliche Motivation vorliegt, oder ob die Täter vielleicht eher unter den professionellen „Mitarbeitern“ des bundesdeutschen Geheimdienstuntergrunds zu suchen sind. Auch dies wäre ja nicht der erste Fall dieser Art. Die Aufklärung dieser Frage kann eigentlich nur die Polizei verhindern.

9.3.85 taz

Anschlag auch in Hamburg

Auch in Hamburg wurde in der Nacht zum Freitag ein Anschlag begangen. Gegen vier Uhr morgens detonierte vor dem Freizeit-Trakt der „Peter-Döhle-Schiffahrts KG“ ein nach Angaben der Polizei „bisher unbekannter Gegenstand“. Er war vermutlich in den Kiesstreifen um das Haus eingegraben. Bei der Detonation wurden die Kieselsteine bis in den achten Stock eines benachbarten Hochhauses geschleudert und zerstörten dort Fenster und Teile der Glas-Fassade. Das Hochhaus ist teilweise mit Büros, teilweise mit Appartements belegt. Am vermutlichen Anschlagziel wurden die geringeren Schäden verursacht. Drei Scheiben, hinter denen sich ein Schwimmbad, eine Sauna und ein Tischtennis-Raum befinden, gingen zu Bruch, außerdem wurden Teile einer Überdachung heruntergerissen. Die als Schiffsmakler und Reederei arbeitende Firma war im November 1984 vom NUM-Generalsekretär Peter Heathfield als eines von zwei bundesdeutschen Unternehmen genannt worden, die sich am Transport von Kohle nach England beteiligten. Nach Angaben eines Unternehmens-Mitglieds hätte man zwar gerne zusätzliche Kohlelieferungen während der Streikzeit gemacht, weil diese gut bezahlt waren, tatsächlich wären von der Peter-Döhle-Schiffahrts KG aber nur die regulären Kohle-Transporte durchgeführt worden, die bereits seit Jahren laufen. 1984 hätte die Firma sogar eine „leicht dezimierte“ Lieferung nach England schicken müssen, weil es Lieferprobleme bei den Herkunftsländern gab.

Ehemalige „politische Gefangene“ zum Dortmunder Anschlag

Niemals Aktion der RAF

„Wir haben erfahren, daß in Dortmund bei einem Bombenanschlag auf das Kaufhaus Hertie neun Menschen verletzt wurden. Weiter wurde berichtet, daß sich zu diesem Terror-Anschlag eine sogenannte „Aktion Christian Klar“ bekannt haben soll. Die Bezeichnung „Aktion Christian Klar“ soll die Assoziation wecken, diese Bombe sei von der RAF oder ihr nahestehenden militanten Gruppen gelegt worden. Als erste Reaktion wollen wir hiermit in aller Deutlichkeit klarstellen, daß Aktionen dieser oder ähnlicher Art (z.B. Trinkwasserversuchung) niemals Aktionen der RAF oder ihr nahestehender Gruppen sind. Wahllöse Aktionen gegen die Zivilbevölkerung ist vielmehr die Politik der US-Regierung sowie anderer imperialistischer Kräfte und ihrer Geheimdienste, die auch vor Massenmord nicht zurückschrecken, wenn es um die Durchsetzung ihrer Interessen in der Welt geht.

Die Bombe in Dortmund läßt die Vermutung wach werden, daß gegenüber Menschen, die sich nicht von der RAF distanzieren, sondern beispielsweise eine in ihren Möglichkeiten liegende Solidarität mit dem gerade zurückliegenden Hungerstreik der politischen Gefangenen gezeigt haben, eine Pogromstim-

mung erzeugt werden soll, die aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre darauf abzielt, großangelegte Razzien bis hin zu Verhaftungen zu legitimieren. Aus einer Erklärung der RAF am 5.8.75 im Stammheimer Prozeß: 'Der Terrorismus — militärwissenschaftlich ist damit auch gemeint die Zerstörung von Versorgungseinrichtungen, also Deichen, Wasserwerken, Krankenhäusern, Kraftwerken, eben kurz alles das, worauf die amerikanischen Bombenangriffe gegen Nordvietnam seit 1965 systematisch abzielten — operiert mit der Angst der Massen. Die Stadtguerilla trägt die Angst in den Apparat, der Terrorismus macht sich die Massen zum Objekt. Die Stadtguerilla operiert mit der Kluft zwischen Apparat und Massen und steht immer auf der Seite der Massen. Die Aktionen der Stadtguerilla richten sich nie gegen das Volk, sie sind immer Aktionen gegen den imperialistischen Staat. Die Stadtguerilla bekämpft den Terrorismus des Staates. Die Aktionen der Stadtguerilla schließen die Terrorismus-Projektion der Inneren-Sicherheits-Diskussion aus.'

Einige ehemalige politische Gefangene“ Die Erklärung erhielt die Frankfurter Redaktion der taz unfrankiert. Wir haben sie leicht gekürzt.

Die RAF als Brunnenvergifter? taz Donnerstag, 7.3.85

Trinkwasseralarm

Falls einer der Hungerstreikenden unter den RAF-Häftlingen sterben sollte, wolle die RAF aus Rache das Trinkwasser verseuchen. So lautete, wie jetzt aus zuverlässigen Quellen bekannt wurde, im Januar die Erkenntnis, die die Staatssicherheitsorgane (angeblich aus der nordrhein-westfälischen Knast-Szene) herausgefiltert hätten. Über BKA und Landeskriminalämter wurde daraufhin im gesamten Rhein-Main-Neckar-Raum Trinkwasseralarm ausgelöst.

In Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern wurden die Wasserwerke von den Kriminalämtern aufgefordert, geeignete Abwehrmaßnahmen zu treffen. Dabei entwickelte offenbar jedes LKA, Gesundheitsamt und Wasserwerk eigene Ansichten darüber, mit welcher Vergiftungsaktion die RAF zuschlagen würde, um den ahnungslosen Trinkwasserkonsumenten den Garaus zu machen. Die Gerüchte reichten von Chemikalien bis zu Viren und Bakterien, die Gehirnhaut- oder Gelbsucherkrankungen verursachen könnten.

Viele Wasserwerke in Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg setzten daraufhin vorbeugend dem Trinkwasser bis zum Abbruch des Hungerstreiks hohe Mengen Chlor zu, um Bakterien und Vi-

ren abzutöten. Andere Wasserwerke ließen die Brunnen bewachen. In viele Wasserwerke gelangt man auch heute noch nur nach scharfer Ausweiskontrolle. Um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen, wurde versucht, den Trinkwasseralarm nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Doch während mehrere Wasserwerke konkrete Abwehrmaßnahmen einleiteten, wurde der Alarm an anderen Stellen nicht sonderlich ernstgenommen. Kenner der RAF-Szene in einigen LKAs vertraten die Ansicht, daß die ungezielte Vergiftung der Trinkwasserkonsumenten nicht mit der bislang bekannten RAF-Strategie in Übereinstimmung stehe.

In den letzten Jahren waren einzelne Trinkwasserwerke schon mehrfach mit Vergiftungsaktionen bedroht worden, um Millionenbeträge zu erpressen. Beim Bundesgesundheitsamt verwies man darauf, daß Brunnenvergifter eine große Kreativität an den Tag legen müßten, um unbemerkt das Trinkwasser zu verseuchen: Viele Schwermetallverbindungen (z.B. Chrom) sgeben, ebenso wie Pflanzenschutzmittel, in akut giftigen Konzentrationen dem Trinkwasser eine widerliche Geschmacksnote. Wasserwerker machen allerdings deutlich, daß es letztendlich gegen eine Verseuchung des Trinkwassers keinen wirksamen Schutz gibt.